



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/42 - 20. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wiedererstehende Volksfront ?	S. 1
Faustziehen im Vorderen Orient	S. 3
Dokumente aus dem "Neuen Abendland"	S. 5
Der Wechsel in Düsseldorf	S. 7

Moskaus Werben um die Sozialisten

sp. Der 20. Kongress der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki)", der erste seit Stalins Tod, brachte doch, entgegen den allgemeinen Erwartungen, einige geradezu als sensationell zu wertende Überraschungen: Die Abkehr von der These der Unvermeidlichkeit des Krieges; die Aufgabe der stalinschen Doktrin, es gäbe nur einen, den russisch-bolschewistischen Weg zum Sozialismus; die Bestätigung des gegenwärtigen Führungskollektivs, mit der Verdammung der Ein-Mann-Herrschaft und, damit zusammenhängend, die heftige Kritik am toten Stalin, dem sogar folgenschwere Fehler in der Beurteilung des Fortbestandes der "kapitalistischen" Welt bescheinigt wurden. Unüberhörbar klang aus Chruschtschows sechsstündiger Rede das Werben um die sozialistischen Parteien West- und Mitteleuropas, die Verwerfung der "Diktatur des Proletariats" als allein gültiges Mittel der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse. Stellt diese Preisgabe des ideologischen Vorrangs, ja des Monopolanpruchs für den kommunistischen "Weg zum Sozialismus" die bisherige Idee und Praxis der kommunistischen Parteien in Frage ?

Die kommunistischen Parteien der ganzen Welt (mit Ausnahme jener Jugoslawiens und vielleicht auch Chinas, wo schon die Grösse des Landes mit der dreifach grösseren Bevölkerungszahl der Sowjetunion eine sklavische Abhängigkeit von Moskau ausschliesst) empfangen seit ihrem Bestehen den Auftrag ihres Wirkens nicht in den Bedingungen ihres eigenen Landes, sondern betrachteten sich stets als willige Exekutivorgane des Kreml. Sie machten niemals eine deutsche, französische oder italienische Politik, sie unterordneten ihre Politik und Strategie, ihre Ziele und

Parolen immer den jeweiligen Interessen der Sowjetunion, auch dann, wenn diese Interessen im klaren Widerspruch zur Erhaltung des Weltfriedens standen. Zwischen 1933 und 1938 unterstützten die Kommunisten die inzwischen reichlich diskreditierte "Volksfront" als Abwehr gegen die von Hitler und Mussolini ausgehende Bedrohung Europas; 1939 fielen die gleichen Kommunisten dem freiheitlichen Europa in seinem Selbstbehauptungskampf schmachlich in den Rücken. Stalin hatte sich inzwischen mit Hitler in der Aufteilung Osteuropas verbunden. Als zwei Jahre später die Sowjetunion selbst in den beinahe tödlichen Würgegriff des Dritten Reiches geriet, vollzogen die kommunistischen Parteien wiederum eine völlige Kehrtwendung; aus den französischen, britischen und amerikanischen "Imperialisten" waren ja Verbündete geworden.

Dort jedoch, wo sie die Gunst des Schicksals und die Bajonette der Roten Armee nach Kriegsende in den Sattel hoben, wie in Polen, Ungarn, in der Tschechoslowakei und der deutschen Mittelzone, betätigten sie sich als die Verächter der Freiheit, sie zerstörten die Demokratie und legten den Völkern ein neues Joch auf. Diese Völker waren die wirklichen Verlierer des zweiten Weltkrieges und die Opfer ihres Vertrauens in die Magna Charta der Alliierten, zu deren Unterzeichner auch die Sowjetunion gehörte.

Bündnisangebote an die freiheitlich-demokratischen Sozialisten hat es unter Stalin oft gegeben. Sie waren, wie die Geschichte der kommunistischen Parteien beweist, niemals ernst gemeint, sie dienten der Täuschung. Soll sich dies nun auf einmal unter den neuen Männern des Kreml geändert haben? Auch in den drei Jahren nach Stalins Tod, in allen Phasen des kalten und weniger kalten Krieges, schwammen alle kommunistischen Parteien im Kielwasser der Sowjetunion, sie vermochten es nicht und waren auch nicht willens, sich von der Umstrickung des Kreml zu lösen.

Es bleibt also ihre Abhängigkeit von Moskau, es bleibt ihre Rolle als Exekutivorgan der Sowjetunion, freilich etwas modifiziert und den Bedürfnissen im Zeitalter der Koexistenz angepasst. Aber auch noch etwas anderes bleibt: Der unüberbrückbare, prinzipielle Gegensatz zwischen freiheitlichen Sozialisten und diktaturgläubigen Kommunisten. "Der Kommunismus basiert auf der Politik der reinen Macht und der Verachtung des Menschen, der demokratische und freiheitliche Sozialismus wird getragen von der Anerkennung und Würde des Menschen" (Ollenauer).

In den mittel- und osteuropäischen Kernern schwachten viele Tausende von demokratischen Sozialisten, weil sie sich nicht als Werkzeug einer fremden Staatsmaschinerie entwürdigen lassen wollten und weil sie daran glauben, dass der Mensch zu etwas Höherem geboren ist als Diener eines zum Gott erhobenen Kollektivs zu sein. Erst wenn der 20. Kongress der russischen KP beschliessen sollte, in seinem Bereich die Tore für diese Streiter einer besseren Welt zu öffnen, könnte man hoffen, dass in Moskau in diesen Tagen mehr vor sich gegangen ist als eine notwendige Anpassung an neue Gegebenheiten. Zu einem solchen Glauben geben die neuen Töne aus Moskau vorerst keinen Anlass.

Naasser - doppelter Gewinner in Nahost

Staudamm von der einen, atomare Hilfe von der anderen Seite

Dr. R. Auch wenn die tschechischen Waffen, die von der Sowjetunion an Ägypten geliefert worden sind, zu einem so niedrigen Preise abgegeben wurden, dass er nur als symbolisch bezeichnet werden kann, hat sich die Sache für Moskau gelohnt. Denn Moskau konnte damit so etwas wie ein Mitspracherecht in Nahostfragen einhandeln; es wird ihm zwar von angelsächsischer Seite bestritten. Immerhin zeigt sich Frankreich, das durch die Dreimächteerklärung von 1950 mit von der Partie ist, wenn es sich darum handelt, das leidige Arabien-Palästina-Problem anzufassen, nicht so ablehnend wie die anderen Westmächte. Und daraus wird die Sowjetunion wieder versuchen, für sich das Beste herauszuholen. Jedenfalls verdankt sie der Auffassung des Quai d'Orsay, dass sie weiterhin im Spiel bleibt. Naasser bekam die billigen Waffen, die man ihm teuer vom Westen nicht verkaufen wollte.

Er hat jetzt auch dank des sowjetischen Mitspracheverlangens in Nahostfragen die Weltbank auf seine Seite bekommen. Jedenfalls genügte schon die nicht einmal sehr grosse Möglichkeit der Einschaltung des sowjetischen Konkurrenten, um Mr. Black zu veranlassen, zunächst 200 Mill. Dollar für den Staudamm von Assuan zur Verfügung zu stellen. Da die Gesamtkosten 1,35 Milliarden Dollar ausmachen, hat es die Weltbank immer noch in der Hand, gewisse Wünsche bei den späteren Verhandlungen einzuflechten. Schon heute konnte die Weltbank darauf drücken, dass Oststaaten von der Beteiligung an der Ausschreibung ausgeschlossen sind. Dabei kommt Ägypten erst in etwa vier Jahren in den Genuss der Weltbankkredite, denn bis dahin müssen die Vorarbeiten durch andere, gleichfalls westliche, aber nicht rückzahlbare und ägyptische Gelder aufgebracht werden. Insgesamt dürfte sich Ägypten selbst mit etwa 950 Millionen Dollar beteiligen müssen; darin läge eine gewisse Garantie, dass während des Baues keine militärischen Verwicklungen mit Israel zu erwarten wären. Andererseits wird Israel jetzt seine Ansprüche bei der Weltbank geltend machen - denn diese muss auf Parität achten - mit ihrer Hilfe an die nicht viel billigere Jordanregulierung heranzugehen.

Es ist die Frage, ob der amerikanische Standpunkt richtig ist, dass die Sowjetunion wirklich eine Schlappe erfahren hat. Jedenfalls wird es Ägypten so kaum auffassen, denn fast bevor die Tinte unter dem

Vertrag mit Mr. Black trocken war, brachte die Sowjetunion ein anderes Geschäft unter Dach, ein Atomabkommen, das wissenschaftliche und technische Einrichtungen der Kernphysik Kairo zur Verfügung stellt. Es ist der erste sowjetische Vertrag solcher Art mit einem nichtkommunistischen Land. Ausserdem scheint der Ostblock als Ersatzkäufer für die im Westen immer weniger absetzbare ägyptische Baumwolle aufzutreten. Jedenfalls konnte die Hälfte der im Westen unverkäuflichen Mono-Kulturwolle 1955 im Ostblock abgesetzt werden. Die unmittelbare Folge - schon aus Devisengründen - wird sein, dass damit ein neuer Markt für die Ostblockausfuhren eröffnet wird.

Den Staudamm bauen die einen, Atomenergie, die vielleicht einmal auch für das Nillend wichtiger werden kann als alle Dämme, liefert der politische Konkurrent. Der Gewinner der Konkurrenz ist zunächst Nasser, wenn er auch nicht voraussagen kann, welche Komplikationen in beiden Geschäften stecken. Zweifellos hat der Kairoer Regierungschef die ausserordentliche Position genutzt, in die er durch die angelsächsisch-sowjetischen Rivalitäten im Nahen Osten geraten war. Doch ist das mehr die örtliche Seite der ganzen Angelegenheit. Sie hat eben auch einen recht bemerkenswerten politischen Aspekt.

Ägypten - ein Musterfall

Nach Cruschschows Ausführungen auf dem 20. Parteitag muss damit gerechnet werden, dass sich der kalte Krieg fast völlig auf die wirtschaftliche Ebene verlagert. So kann es zu wirtschaftlichen Hilfsangeboten an das halbe Asien, übrigens so billig, wie es sich kein kapitalistisches Land erlauben kann. Wenn man in Moskau genau registriert hat, dass Weltbankdirektor Black noch nie vorher so schnell zur Stelle war wie in Kairo, nachdem das sowjetische Angebot erfolgt war, so wird man dort nun wissen, wie man es machen muss, um mit dem goldfundierten Rubel in der Tasche zu spielen und dem Westen damit das Konzept zu verderben. Unter Umständen wird man dann auch den Rubel richtig rollen lassen müssen; aber das würde gut dadurch wettgemacht, dass man den Westen zwingen kann, sich dort finanziell zu engagieren, wo Moskau Niema macht, selbst ins Geschäft zu steigen. Unter Umständen kann das für den Westen - oder besser für die amerikanische Führungsmacht - sehr teuer werden.

Diese neue Phase verlangt ein erhebliches Umlernen dort, wo die Mittel für den kalten Wirtschaftskrieg bewilligt werden müssen. So gesehen ist Ägypten ein Musterfall.

Offenbarter Machtwille

W.P. Seit Anfang Januar 1956 erscheint im Verlag "Neues Abendland" in München mit dem Titel "Dokumentation der Woche" wöchentlich ein Informationsdienst von 8 Seiten Umfang, der für 150.-- DM jährlich zu beziehen ist. "Dieser Informationsdienst geht nur einem ausgesuchten und zahlenmässig beschränkten Personenkreis zu, der die Voraussetzungen für eine sachliche und exklusive Behandlung gewährleistet", heisst es in einem Werbebrief des Verlages. Die Formulierung scheint aber mehr kommerzielle Bedeutung zu haben, denn den Werbebrief erhielten nachweislich auch Personen, von denen der Verlag mit Sicherheit annehmen konnte, dass sie die gesetzte Voraussetzung nicht erfüllten.

Abgesehen davon aber enthielten die bisher erschienenen Ausgaben auch nicht e i n e Information, Sie brachten ausschliesslich propagandistische Darstellungen in föderalistisch-konservativ-katholischer Sicht, wie sie von den Kreisen um die "Abendländische Akademie" vertreten werden. Das wird verständlich durch die Tatsache, dass es sich hier um die Nachfolge der Zeitschrift "Neues Abendland" handelt und dass ausgerechnet Dr. Emil Franzel, gegen den als bayerischen Beamten gegenwärtig ein Dienststrafverfahren wegen seiner antidemokratischen Äusserungen schwebt, zum Chefredakteur berufen wurde.

Die bisher vorliegenden wenigen Nummern beweisen, dass man es hier mit einem Hilfsinstrument der CDU-Propaganda zu tun hat. Sie machen aber auch augenfällig, was den Gegnern der Adenauer'schen Regierungspolitik an Verdächtigungen und Verleumdungen im nächsten Wahlkampf wieder bevorstehen wird. Denn was den "Dokumentationen" in erster Linie fehlt, ist die sachliche Unterrichtung und die Toleranz gegenüber dem politisch Andersdenkenden.

So wird in einer Vorschau auf die in diesem Jahr fälligen österreichischen Nationalwahlen die wahlpolitische Situation als eine "Entscheidung zwischen dem gesellschaftlichen System des Westens und dem kollektiven System" hingestellt. "Ein sozialistischer Wahlsieg", steht zu lesen, "würde der österreichischen Bevölkerung, die ihrer Kultur und ihrer menschlichen Haltung nach eindeutig zum Westen neigt, ein gesellschaftliches System aufdrängen, das notwendig zum Osten tendiert". Mit dieser unglaublichen Verleumdung der österreichischen Sozialdemokraten, die seit Jahren die Hauptlast des Abwehrkampfes gegen die

Kommunisten tragen, verfälschen die Abendländer nicht nur die Wahrheit, sondern setzen fort, was 1953 die CDU mit ihrem Plakat "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau" begann.

Mit zweierlei Mass

Nun kann aber auch ein Abendländer wie Dr. Franzel nicht bestreiten, dass es ein christlich-demokratischer Bundeskanzler war, der unter die österreichische Neutralität in Moskau auch seine Unterschrift setzte. Dabei kommt die "Dokumentation" zu folgender ketzerischer Erkenntnis: "Er ist freundlich mit den Russen, weil er durch Freundlichkeit mehr erreicht als durch Sticheleien... Er empfindet unmittelbar und stark, dass sein Land mit West u n d Ost verbunden ist." Und der Kanzler sagte sich, nach der Meinung der "Dokumentation", schliesslich: Wenn es Krieg gibt, haben wir ohnedies nur die vage Chance, dass unsere Neutralität respektiert wird. Wenn es in absehbarer Zeit keinen Krieg gibt, dann besteht gerade hier im Donaubecken am ehesten eine gewisse Möglichkeit der Normalisierung der Beziehungen." Wer sich demgegenüber eine gewisse Chance für die deutsche Wiedervereinigung ausrechnet, wenn für Gesamtdeutschland etwa eine militärische Bündnislosigkeit im Rahmen eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems in Erwägung gezogen wird, wird von den gleichen Kreisen der Handlangerdienste für die Sowjets verdächtigt.

Auch die FDP ist übrigens in der "abendländischen" Informationsdienst Gegenstand kritischer Betrachtungen. Den Freien Demokraten werden ob ihres obstinanten Verhaltens die Leviten gelesen. In dem man dem Bundeskanzler den Rücken stärkt (hat dessen Partei doch den "Auftrag zur Schaffung eines Mehrheitswahlrechts von den Wählern erhalten"), spricht man von stärkeren Sicherheiten gegen einen "Do'chatoss" seitens der FDP und gaukelt der FDP die dunkle Gefahr einer Einigung der CDU mit der SPD über ein reines Mehrheitswahlrecht vor.

Das sind Kostproben einer Publikation aus dem Bereich der "Abendländischen Akademie". Nach den Worten des Bundesinnenministers ist diese Einrichtung Gegenstand einer Untersuchung, weil auf Grund ihrer Veröffentlichungen verfassungsfeindliche Tendenzen unterstellt werden. Es bleibt abzuwarten, wie das Ergebnis ausgeht. Diese wenigen Stellen zeigen jedoch woher der Wind weht. Angesichts der gegenwärtigen CDU-Führung im Bonner Parlament bleibt wenig Hoffnung für eine gründliche Bereinigung dieses Problems.

Auflockerung

sp. Erstmals erfolgte in der Geschichte des neuen deutschen Parlamentarismus die Auflösung einer Regierung, ohne dass Wahlen vorangegangen waren. Ursachen und Umstände des Regierungswechsels in Düsseldorf waren hintergründiger und dramatischer als die bei jeder anderen Regierungsbildung in einem Bundeslande seit 1949.

Da die Absicht, Arnold zu stürzen, vor allem auf bundespolitische Erwägungen zurückging, war die Bundesregierung selbst nicht müde geworden, der deutschen und der Weltöffentlichkeit die Schauermär zu unterbreiten, mit einem Ausscheiden der CDU aus dem grössten deutschen Bundeslande werde eine höchst gefährliche innen- und vor allem auch ausserpolitische Unsicherheit Platz greifen. Nichts dergleichen wird geschehen. Das Ausland wird einsehen, dass Wechsel in Landesregierungen nicht die Stabilität der jungen Demokratie in Westdeutschland gefährden. Nur jene werden enttäuscht sein, die seit 1949 alles auf die Karte Adenauer setzten. Die FDP gehört wie die Sozialdemokratie zu den staatsaufbauenden und staats Erhaltenden Kräften. Ein Zusammengehen beider Parteien in Nordrhein-Westfalen wird diese Grundtatsache bestätigen.

Die CDU mag den Schlag, den sie jetzt in Düsseldorf erhalten hat, als eine schwere Demütigung empfinden, aber wohl für fast alle anderen demokratischen Kräfte ausserhalb ihrer Reihen wird damit auch ein Aufatmen verbunden sein: Man sieht, dass eine Auflockerung des festgefahrenen, starr und steril gewordenen politischen Lebens noch möglich ist. Düsseldorf hat bewiesen: Die deutsche Demokratie ist nicht an den Monopolanpruch der Kanzlerpartei, zu regieren, gebunden. Gerade die junge deutsche Demokratie, die sich noch zu bewähren hat, muss versuchen, von dem Prinzip des Wechsels in der politischen Macht, wo immer er sich als zweckmässig und notwendig erweist, klingen Gebrauch zu machen. Nur in diesem Klima können sich demokratische Tradition und guter demokratischer Stil entwickeln.

Auch wurde seit langem in allen einsichtigen Kreisen Nordrhein-Westfalens als widersinnig empfunden, dass gerade in der industriellen Werkstatt der Bundesrepublik die Sozialdemokratie von der Regierung ausgeschlossen blieb. Das war ein Werk Adenauers, dem sich der von allen Parteien geachtete Arnold nicht hart genug widersetzt hat. Dies war seine tragische Schuld. Der Fehler ist jetzt gutgemacht worden.

Die FDP, die in Düsseldorf den Anstoss dazu gegeben hat, wird als Gesamtpartei nun sicher mit einer ganzen Reihe erheblicher Schwierigkeiten zu rechnen haben. Ihr Verhältnis zur CDU/CSU ist erneut schwerster Belastung ausgesetzt. Entsprechend gross ist die Spannung, mit der man allgemein die weitere Entwicklung in den Beziehungen zwischen diesen beiden Parteien im Bund wie in den übrigen Ländern beobachtet.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau